

Einfache Anfrage SP-GRÜ-Fraktion:**«Universität St.Gallen - Interessenkonflikte noch und noch**

Wie der Tagesanzeiger in seiner Ausgabe vom 6. Februar 2019 berichtet, hat Professor Thomas Friedli, Direktor des Instituts für Technologiemanagement der Universität St.Gallen, im Auftrag der Gesellschaft für Technik und Industrie eine Studie erstellt, in der vor allem die positiven Auswirkungen von Rüstungskäufen im Rahmen von Gegengeschäften auf die inländische Industrie hervorgehoben werden. Professor Thomas Friedli als Verfasser der Studie ist zugleich Mitglied des Advisory Boards der RUAG, des führenden schweizerischen Rüstungs- und Technologiekonzerns, der von solchen Gegengeschäften profitieren könnte. Professor Friedli sieht in seiner Doppelfunktion als Verfasser einer Universitätsstudie und als Mitglied des Advisory Boards keinen Interessenkonflikt.

An diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr in erschreckendem Ausmass die problematische Verknüpfung von Tätigkeit an der Universität und praktischem Engagement von Universitätsdozierenden in der Wirtschaft. Zwar ist die Entschädigung von Professor Friedli für seine Tätigkeit im Advisory Board der RUAG mit Fr. 7500.– nicht besonders hoch, aber es stellt sich die Frage, in welcher Weise er die RUAG mit seinem Gutachten indirekt begünstigt. Damit ist die Problematik der Verknüpfung von Universität und Wirtschaft einmal mehr offenkundig, wobei diese nicht nur die wissenschaftliche Integrität des besagten Professors in Zweifel zieht, sondern die Reputation und die wissenschaftsethischen Massstäbe der Universität als Ganzes. Der neue Rektor will möglichst viel Autonomie für die Universität, d.h., dass fortgesetzt solche Interessenwahrnehmungen möglich sein sollen. In Anbetracht der Häufung derartiger Vorfälle stellt sich allerdings die Frage, ob diese Selbstregulierung der Universität noch angemessen ist, scheint sie die interne Governance – sowohl hinsichtlich der Strukturen und Befugnisse der Institute als auch hinsichtlich der wissenschaftlichen Integrität – kaum eigenständig in den Griff zu kriegen. Dabei handelt es sich weit mehr um Einzelfälle und individuelles Versagen. Die Universität mit ihrem Druck auf die Institute, dauernd Aufträge zu akquirieren, zwingt die Institute zur Übernahme problematischer Aufträge. Damit begünstigt sie derartiges Verhalten und die Aufrechterhaltung einer problematischen Universitätskultur.

Angesichts des erneut drohenden Reputationsschadens, aber auch angesichts der abwehrenden Position der Universität den politischen Entscheidungsträgern gegenüber bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt sich die Regierung zum erneuten Interessenkonflikt eines Universitätsdozenten, der ein Gutachten erstellt, das zugleich einer Firma Vorteile verschafft, der er selbst im Beratungsgremium angehört?
2. Wie will die Regierung und insbesondere der Bildungsdirektor als Präsident des Universitätsrats die Interessenwahrnehmung von Institutsangehörigen der Universität St.Gallen unterbinden, wenn sie in Firmen in verschiedensten Funktionen tätig sind und zugleich Gutachten zu deren wirtschaftlichen Interessen erstellen?
3. Welche Sofortmassnahmen gedenkt der Präsident des Universitätsrates zu ergreifen, um solche Interessenkonflikte für die Zukunft in allen Instituten zu verhindern?
4. Wie beurteilt die Regierung die vom zukünftigen Rektor geforderte Autonomie der Universität angesichts der fortgesetzten Verstösse von Instituten an der Universität St.Gallen gegen die wissenschaftliche Ethik?

5. Wie stellt die Regierung in Zukunft sicher, dass an der Universität St. Gallen wissenschaftsethische Mindeststandards eingehalten werden und die wissenschaftliche Integrität und Glaubwürdigkeit erhalten bleibt? »

7. Februar 2019

SP-GRÜ-Fraktion